

Ausgabe vom Donnerstag, 27. Oktober 2011**Digitalfunk:****Handfester Krach zwischen Ministerium und Gemeindetag**

Das will sich der Bayerische Gemeindetag nicht bieten lassen. Pläne des Bayerischen Innenministeriums, Gemeinden von der staatlichen Förderung für digitale Endgeräte ihrer Feuerwehren auszuschließen, wurden von Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl scharf kritisiert. Ausgangspunkt für einen neu aufgeflamnten Streit im Digitalfunkbereich sind Ankündigungen, dass Gemeinden, die keine geeigneten Grundstücke für einen Antennenmast anbieten, kein Geld für die Endgeräte bekommen. Eine solche Verknüpfung zwischen der Bereitstellung der Grundstücke und der Förderung der Endgeräte sei in den seinerzeitigen Verhandlungen über Kostenbeteiligungen zum Aufbau des digitalen Funknetzes weder beabsichtigt noch vereinbart gewesen, poltert Brandl

Dass es beim Aufstellen der für den Funkverkehr notwendigen Masten Probleme insbesondere wegen bürgerlichen Widerstands geben könnte, war allen Beteiligten von Anfang an klar gewesen. Dies war auch in frühen Berichten und Diskussionen im zuständigen Kommunalausschuss des Landtags immer wieder zur Sprache gekommen. Warum jetzt solche widersprüchlichen Auffassungen zur Finanzierung überhaupt auftauchen können ist deshalb unklar. Am Mittwoch im Ausschuss, in dem nur berichtet aber nicht zum Thema abgestimmt wurde, neigten die Vertreter der Regierungsfractionen der Auffassung zu, eine solche Verknüpfung zwischen der Erbringung einer notwendigen Leistung und dem Förderanspruch sei normal. Die Oppositionsfractionen hingegen sehen die Gemeinden getäuscht oder ungerecht behandelt.

Am Folgetag wies Innenstaatssekretär Gerhard Eck per Presseerklärung nochmals darauf hin, dass zwar die Förderung der Endgeräte mit bis zu 80 Prozent klar geregelt sei, allerdings diese Finanzierungsvereinbarung „auch eine Gegenleistung der Kommunen für diese massive Untertützung“ vorsehe. So hätten sich die Gemeinden insbesondere verpflichtet, kostenfrei geeignete Grundstücke als Standorte für die Digitalfunk-Basisstationen zur Verfügung zu stellen“. Keine Kommune müsse um die Endgeräteförderung fürchten, „wenn sie konstruktiv bei der Suche nach Standortgrundstücken mitwirkt“.

Den von Eck dabei hervorgehobenen partnerschaftlichen Gedanken bei der Durchführung sieht Brandl wohl eher ad absurdum geführt, wenn er darauf verweist, dass in einem aktuellen Entwurf eines Sonderförderprogramms sogar formuliert werde, dass eine Förderung von Endgeräten „ausgeschlossen“ wird, wenn durch Gemeinden die „für den Netzaufbau technisch erforderlichen Standorte nicht bereitgestellt“ werden. In den seinerzeitigen Verhandlungen hätte sich der Gemeindetag bereiterklärt, dass die Kommunen beim Digitalfunk die Betriebskosten anteilig mittragen, und zugesagt, die Gemeinden aufzufordern, „im Rahmen ihrer Möglichkeiten“ geeignete Standorte für die Antennenanlagen zu suchen. Nicht mehr und nicht weniger. Mit der jetzigen Verknüpfung und dem Zudrehen des Geldhahns handelt die Staatsregierung aus Sicht des Gemeindetags schlicht „unfair“.

Koalitionsbruch oder Unionsbruch

Die Frage wird immer häufiger gestellt. Sucht CSU-Chef Horst Seehofer einen Vorwand, um die Berliner Koalition aufkündigen zu können? Denkt man einen Schritt weiter, ergeben sich fast zwangsläufig weitere Fragen. Könnte dies einen – vielleicht sogar beabsichtigten - Anlass für CDU-Chefin Angela Merkel geben, die seit 1949 bestehende Fraktionsgemeinschaft mit der CSU aufzulösen. Wäre dies nur der erste Schritt, um einen Landesverband der CDU in Bayern zu gründen? Merkels Vorgänger Helmut Kohl hatte dies schon einmal angedroht. Das war 1976, als Franz Josef Strauß den „Kreuther Geist“ aus der Flasche gelassen hatte und die Bonner Fraktionsgemeinschaft mit der CDU auflöste. Dann aber aufgrund der Drohung schleunigst einen Rückzieher machte. Der Unterschied zu damals: die Voraussetzungen für einen politisch erfolgreichen Einmarsch in Bayern erscheinen dieses Mal als ungleich besser.

Strauß hatte Mitte der siebziger Jahre seinen Über-60-Prozent-Stimmen-Anteil der bayerischen Bevölkerung im Kreuz. Edmund Stoiber war es später mit seiner Zwei-Drittel-Mehrheit sogar möglich Merkel in Wolfratshausen das Geschehen zu diktieren. Dieses Gewicht, das er mit seinen bayrischen Stimmen in Berlin einbrachte, machte ihn und die CSU fast unangreifbar. Seehofers CSU mit noch guten 40 Prozent könnte in den Augen der CDU-Chefin als Mehrheitsbringer verzichtbar werden – wenn sie es denn nicht schon ist.

Rational denkend und vorgehend wird sie sich um irgendwelches historisch gewachsenes Parteigefühl-West wenig scheren und analysieren was ist und was sein könnte. Entscheidend dürfte sein, ob und bis wann ein CDU-Landesverband Bayern ein akzeptables Ergebnis einfahren kann. Der CSU drohte dann parallel dazu allein mit den bayerischen Stimmen bei Bundestags- oder Europawahlen der Sturz unter die 5-Prozent-Marke. Mit der Folge, dass ihre Stimmen in Bayern von der CDU oder anderen vereinnahmt werden. Den Christsozialen würde auf Bundesebene Ähnliches widerfahren, was mit der Bayernpartei im Freistaat unter tätiger Mithilfe der CSU geschehen war.

Mit dem Unterschied, dass die CSU natürlich eine Option ziehen kann und bundesweit antritt. Doch dort dürfte sie den Charme von früher verloren haben. Mit den zahlreichen früheren Freundeskreisen der CSU wird man weniger rechnen und wie damals angedacht eine Aktionsgemeinschaft 4. Partei (AVP) nicht mehr aufbauen können – es sei denn man gäbe ihr ein neues rechtslastiges Profil. In der CSU-Zentrale wird man sich auch an die gescheiterten Versuche erinnern, nach der Wende in den neuen Ländern Fuß zu fassen.

Natürlich würden mit einer Trennung der Union die Karten in der Parteienlandschaft völlig neu gemischt. Doch das werden sie sowieso. Die Union befindet sich gerade noch auf Augenhöhe mit der SPD. Mit Mühe würde es der Union reichen, in einer Großen Koalition einen Führungsanspruch gegenüber der SPD durchzusetzen. Die wiederum hat zur Zeit bessere andere Option,e,n Regierungsmehrheiten unter ihrer Führung zu erlangen. Merkel dürfte sich fragen, ob sich der Handlungsspielraum für die CDU ohne ihren schwer zu zähmenden Fraktionspartner spürbar erweitert. Im Moment übt sie noch und trifft ihre Absprachen auch schon mal ohne die kleine Schwesterpartei. Diesen Wink hat Seehofer offenbar sehr gut verstanden.